

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 58. Jahrgang

2. Februar 2008

## Thema der Woche:

### SPD Berlin setzt klaren Kurs in Hamburg



von Anja Hertel, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende

... und das war bei den Wetter- und Windverhältnissen am Wochenende gar nicht einfach. Unbehelligt von meteorologischen Böen hat die SPD Fraktion an ihrem Kurs festgehalten, sich den sozialen Fragen und Problemen der Stadt zu stellen.

In der Presse war zu lesen, die SPD habe sich mit ihren „Herzenthemen“ befasst. Der Autor stellte fest, es sei zu spüren gewesen, wie „mit einer gewissen Lust“ diskutiert wurde! Recht hat der Mann! Es war gut und wichtig, einmal losgelöst von Antragstexten, Koalitionspartnern und Plenarfristen über wichtige Themen wie Soziale Stadt, Familien- und Kinderarmut, Migration und Integration oder die nicht zu unterschätzende Kinder- und Jugendkriminalität, richtiger: unseren Umgang damit, diskutieren zu können.

Dazu beigetragen haben auch die sehr kompetenten Referenten, von denen ich nur zwei beispielhaft erwähnen kann. So Aleksander Dzembritzki, der am Beispiel Rütli-Schule aufzeigte, wie mit viel Engagement und den richtigen Rahmenbedingungen „ein Quadratkilometer Bildung“, der Campus Rütli, entsteht und Dr. Haci-Halil Uslucan der beeindruckend die Situation von Familien mit Migrationshintergrund darstellte.

Die SPD Fraktion hat in ihrer Resolution einen ambitionierten Kurs vorgegeben, doch es heißt nicht umsonst: „Selbst der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.“ Jetzt geht es darum, die formulierten Ziele konsequent umzusetzen. □

## Klausurtagung:

### „Leitbild Soziale Stadt“

SPD: Bildungsangebote verbessern, Bäder sanieren

Die SPD-Fraktion steht für eine solidarische Stadtentwicklung. Das haben die Berliner SPD-Abgeordneten auf der Klausurtagung ihrer Fraktion in Hamburg bekräftigt. Leitbild sei die „soziale und solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt und befähigt“, heißt es in einer Resolution.

Die Fraktion bekannte sich zum Prinzip des vorsorgenden Sozialstaates. Praktische Konsequenz: Die vorschulischen Bildungsangebote werden ausgebaut, die soziale Infrastruktur für ältere Mitbürger wird gesichert, die Berliner Hallenbäder werden saniert, an den Schulen soll die Elternarbeit ausgebaut werden, das Angebot der Mütterkurse wird erweitert, das Präventionsprogramm gegen Jugendgewalt wird fortgesetzt. Zugleich sind die Eltern aufgerufen, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen.

Die Offenhaltung der Berliner Hallenbä-



Diskussion über Arbeitsmarktprogramme: Berlins SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz.

Foto: Christian Gaebler

der wird ab 2010 zusätzlich mit jährlich fünf Millionen Euro unterstützt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller: „Es ist notwendig, das Schul- und Vereinsschwimmen flächendeckend abzusichern.“ Weiter verstärkt werden auch die Bemühungen um einen wirksamen Schutz von Kindern. U.H. □

➔ Siehe auch Seite 2, 3, 8

## AG 60 plus:

### „Altersarmut vorbeugen“

Erika Drecoll: Mindestlohn hilft auch Rentnern

„Ältere Menschen in Deutschland dürfen nicht von Armut bedroht sein“, erklärte die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus, Erika Drecoll. „Gute Arbeit und Mindestlöhne sind die wichtigsten Instrumente zur Vermeidung späterer Altersarmut.“

Erika Drecoll bezeichnete es als wichtig, dass die SPD weiter entschlossen für die Einführung von Mindestlöhnen kämpft. „Rentensteigerungen sind unmittelbar mit der Entwicklung des Lohnniveaus verbunden - steigende Löhne bedeuten steigende Renten.“ Eine angemessene Alterssicherung sei angesichts unsteter Erwerbsverläufe und niedriger Löhne nicht mehr

selbstverständlich. Die SPD nehme die Zukunft der Alterssicherung ernst und habe

## IN DIESER AUSGABE:

GEDENKEN AN NAZI-OPFER  
EINLADUNG ZUR LESUNG  
ERINNERUNG AN ELLA KAY

SEITE 4  
SEITE 10  
SEITE 13

deshalb eine „Projektgruppe altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Renten“ eingesetzt, die geeignete Maßnahmen für eine solidarische und armutsfeste Alterssicherung vorschlagen wird. Notwendig sei auch, die Höhe der Grundsicherung zu überprüfen. BS □

SPD-Fraktion:

# „Leitbild Soziale Stadt“

## Neue Aufgabenstellungen beschlossen

**„Aufgabe sozialer Stadtpolitik ist es, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten“, heißt es in einer von der SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Hamburg beschlossenen Resolution.**

Vorsorgende Sozialpolitik vernetze unterschiedliche Aufgaben wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien-, Jugend- und Gleichstellungspolitik und die Integration von Zuwanderern, so die SPD-Abgeordneten. Dafür seien auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene die fachübergreifenden Koordinations- und Lenkungsgruppen auszubauen.

In Auswertung des Monitoring 2007 zur sozialen Stadt müsse festgestellt werden, ob weitere Gebiete in Quartiersverfahren einbezogen werden müssen. Für die Pflege der Straßen, Plätze und Parkanlagen als integrative Orte müssten ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Ferner soll das bürgerschaftliche Engagement bei der Unterhaltung der Anlagen in den Quartieren verstärkt unterstützt werden.

Da Sport ein wichtiges Instrument zur Förderung der Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe sei, will die SPD-Fraktion Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien den Zugang zu Sportvereinen erleichtern, indem für sie die Möglichkeit geschaffen wird, ein Jahr lang kostenlos im Verein Sport zu treiben.

Die Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut sei ein zentraler Baustein der Politik der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, heißt es in der Resolution. „Kinderarmut ist von der Armut der Eltern nicht zu trennen. Familien sind in besonderem Maße von der Konzentration sozialer Probleme in einzelnen Stadtquartieren betroffen. Aber auch die Eltern und insbesondere Frauen sind davon betroffen, dass es keine unabhängige materielle Absicherung oder Erwerbsarbeitsbedingungen gibt, die private Betreuungsarbeit für kleine Kinder oder alte Menschen ohne materielle Verluste ermöglicht.“ Um Kinder- und Familienarmut und der Abhängigkeit von Grundsicherung im Alter entgegenzuwirken setzt sich die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses für gesetzliche Mindestlöhne und die Förderung öffentlicher Beschäftigung für Langzeitarbeitslose ein. Sie unterstützt zudem weitere bundespolitische Initiativen wie die Verbesserung des Steuer- und Abgabenrechts und den Ausbau der Riester-Rente.



Klausurtagung in Hamburg: die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: C. Gaebler

Bedürftige Familien seien auch weiterhin von der Zuzahlung für Lernmittel befreit, so die SPD-Fraktion. „Für das Essen an den Berliner Ganztagschulen sind nur noch 23 Euro im Monat zu bezahlen. In Notfällen können Schulleiter auf einen Härtefallfonds zurückgreifen. Kitas haben wir konsequent zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt, Erzieherinnen qualifiziert. Bereits jetzt ist der Besuch der Kita im letzten Jahr vor der Einschulung kostenlos. Die vorschulische Sprachförderung haben wir verbessert und ausgeweitet.“

Um Familien mit Migrationshintergrund zu stärken, hat die SPD-Fraktion das Angebot der Mütterkurse finanziell erweitert und will es konsequent weiter ausbauen. „Integrationslotsen und Stadtteilmütter leisten wichtige Integrationsaufgaben. Die Angebote müssen bedarfsgerecht für Väter erweitert werden. Mit dem Aktionsprogramm in Höhe von insgesamt 950.000 Euro in den Jahren 2008 und 2009 setzen wir wichtige Schwerpunkte bei der interkulturellen Jugend- und Jungenarbeit.“

Im Bildungssystem habe die SPD entscheidende Weichen gestellt. „Berlin ist Spitzenreiter in der vorschulischen Sprachförderung, z.B. mit verbindlichen Sprachkursen. Ab 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre beitragsfrei. Den Ausbau von Ganztagschulen und das Modellprojekt Gemeinschaftsschule setzen wir konsequent fort. Auch die Förderung der Zweisprachigkeit kann die Bildungschancen und damit die Integration verbessern. Schulen in sozialen Brennpunkten sollen vorrangig von einer besseren Altersmischung der Lehrkräfte profitieren.“

Die Berliner SPD hat in der Regierungsverantwortung seit Jahren differenzierte und wirksame Strategien gegen Gewalt und Kriminalität von Kindern und Jugendlichen entwickelt und umgesetzt. Diese sollen weiter verstärkt werden. **BS** □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Stefan Komoß**, Bezirksstadtrat für Bildung, Sport und Finanzen in Marzahn-Hellersdorf ist von der Bezirksverordnetenversammlung zum neuen stellvertretenden Bürgermeister gewählt worden. Der bisherige Amtsinhaber Bernd Mahlke ist aus gesundheitlichen Gründen zum 31.01.2008 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Die SPD-Fraktion bedankte sich herzlich für die geleistete Arbeit Bernd Mahlkes. Mit dem neuen Amtsinhaber habe die Bezirksversammlung eine gute Wahl getroffen, die die Handlungsfähigkeit des Bezirks sicherstelle, so der Fraktionsvorsitzende der SPD Klaus Mätz in der BVV.

**Brigitte Zypries**, Bundesjustizministerin, hat das Engagement von Berliner Schülerinnen und Schülern gegen Gewalt gewürdigt. Auf Initiative der Schülersprecher Alexander Freier und Franziska Berge beteiligten sich Schülerinnen und Schüler des Kreuzberger „Oberstufenzentrums Handel I“, Europas größte Schule, an einer Unterschriftenaktion für ein gewaltfreies Miteinander. Die gesammelten Unterschriften wurden jetzt an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries übergeben. „In der Debatte um Jugendgewalt und ihre Ursachen haben manche versucht den Eindruck zu erwecken, Gewaltdelinquenz sei allein ein Problem ausländischer Jugendlicher“, sagte Brigitte Zypries. „So entsteht schnell der falsche Eindruck, jeder junge Mensch mit Migrationshintergrund sei ein potenzieller Gewalttäter. Wer sich mit den Fakten befasst weiß, dass Gewaltkriminalität in erster Linie soziale und nicht ethnische Ursachen hat. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass deutsche und ausländische 9. Klässler, die ein vergleichbares familiäres und soziales Umfeld haben, sich auch vergleichbar gut oder schwierig entwickeln. Wir müssen brutale Gewalttäter hart bestrafen, aber genauso konsequent die Ursachen der Gewalt bekämpfen.“ Die Schüleraktion sei nachahmenswert. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin



Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks, beschrieb auf der Klausurtagung der Berliner SPD-Fraktion in Hamburg die Situation von Kindern und Familien. Er warb für Prävention und Armutsbekämpfung.

Fotos: A. Schwager



Bundesarbeitsminister Olaf Scholz nahm sich viel Zeit für das Gespräch mit den Berliner Abgeordneten. Ausführlich erläuterte er die Wirkungsweise der unterschiedlichen Arbeitsmarktprogramme für die verschiedenen Zielgruppen.

#### SPD-Fraktion:

## „Eine solidarische Stadt“

### Ulker Radziwill zu den Ergebnissen der Klausurtagung

**Chancengerechtigkeit und Teilhabe sichern statt Ausgrenzung, eine solidarische und soziale Stadt weiter nach den Prinzipien des vorsorgenden Sozialstaats ausbauen - das waren die wesentlichen Themen der diesjährigen Klausurtagung der Berliner SPD-Fraktion in Hamburg.**

In einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre haben wir uns mit den Themenfeldern „Soziale Stadt“, „Integration und Soziales“, insbesondere auch mit der sozialen Situation in den Berliner Stadtquartieren, mit der Kinder-, Familien- und Altersarmut, mit der Situation von Familien mit Migrationshintergrund, mit dem Campus Rütli, der Jugendgewalt und der sozialen Infrastruktur in einer sozialen und solidarischen Stadt befasst.

Dass im Vorfeld der Klausur keine „Positionspapiere“ der „Parteilügel“ veröffentlicht wurden, hat den Diskussionsprozess positiv beeinflusst. Es zeigte insbesondere die Fähigkeit, Geschlossenheit zu schätzen. Dies unterstützte auch die konstruktive Arbeitsatmosphäre. Es zeigte mir auch, dass wir alle an dem gleichen Ziel arbeiten: Prävention und Unterstützung im Sinne des vorsorgenden Sozialstaats mit der besseren Vernetzung der sozialen Infrastruktur zu verstärken, Integration zu unterstützen, Armut zu bekämpfen und gute Pflege für die Pflegebedürftigen zu sichern.

Bildung ist als Kern des vorsorgenden Sozialstaats ein wesentliches Element der Armutsprävention und zur Befähigung auf ein selbst bestimmtes Leben. Der eingeschlagene Weg Berlins mit dem Ausbau der vorschulischen Bildung, der Kitas, der Schule und der Ganztagschulen ist richtig

Eine weitere wichtige Säule ist Prävention und Unterstützung und die Befähigung,



Ulker Radziwill ist seniore- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: SPD Berlin

ung, Verantwortung fürs eigene Leben zu erlangen, um selbst bestimmt am Leben teilnehmen zu können. Aber dort wo die eigenen Anstrengungen nicht ausreichen, um Armut zu bekämpfen, hat der Staat die Verpflichtung zur Unterstützung. Arbeit muss existenzsichernd sein, daher setzen wir uns für Mindestlöhne ein und für eine schnelle Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung des sozialen Friedens ist es wichtig eine Kultur der Anerkennung zu erreichen, Ausgrenzung und Diskriminierung zu vermeiden, besondere Angebote zur Teilnahme in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Wenn schon heute 19% der Bevölkerung einen „Migrationshintergrund“ haben, bei genauerer Betrachtung festzuhalten ist, dass heute jedes dritte Kind unter 12 Jahren und jedes zweite Kind unter 6 Jahren einen Migrationshintergrund hat, dann müssen wir die Integrationsangebote ausbauen und bei Bedarf mit ungleich größerer Anstrengung die ungleichen Ausgangslagen ausgleichen. □

#### Bildung:

### Beste Schülerzeitungen

Beim 5. Berliner Schülerzeitungswettbewerb haben Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Schirmherr des Wettbewerbs, und die Europabeauftragte des Landes Berlin Staatssekretärin Monika Helbig jetzt die besten Schülerzeitungen Berlins gewürdigt. Beteiligt hatten sich insgesamt 57 Berliner Schülerzeitungs-Redaktionen. Ausgezeichnet wurden u.a. der „Rasender Kurier“ der Sancta-Maria-Schule, die „Eichenwald Post“ der Grundschule am Eichenwald, „dürer!“ von der Albrecht-Dürer-Oberschule und „Ohne“ von der Erich-Hoepner-Oberschule. Senator Zöllner: „Mit dem Schülerzeitungswettbewerb wollen wir die demokratische Schulkultur stärken sowie die Meinungsbildung und die sachliche Argumentationsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen früh fördern. Wichtig ist mir, dass die jungen Redakteure lernen, ihre Ansichten und Meinungen in der Schülerpresse kundzutun und als Sprachrohr auch Verantwortung für die Mitschüler übernehmen.“ BS □

#### Gewaltprävention:

### Mehr Koordination nötig

Mit der Nr. 33 des Berliner Forums Gewaltprävention hat die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ jetzt den zweiten Teil der von ihr beauftragten Studie „Intensivtäter in Berlin – Hintergründe und Folgen vielfacher strafrechtlicher Auffälligkeit“ vorgelegt. Der Verfasser Prof. Dr. Claudius Ohder von der Fachhochschule für Verwaltungs- und Rechtspflege in Berlin kommt u.a. zu dem Schluss: „Der Bedarf nach besonderer Hilfe und Unterstützung ist in der Regel vor, im Zusammenhang mit oder kurz nach der Einschulung und somit früh festgestellt worden, und es ist zu einer Vielzahl von schulischen Fördermaßnahmen und Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz gekommen. Die eingetretenen Fehlentwicklungen können daher weniger auf das Ausbleiben solcher Maßnahmen zurückgeführt werden als auf deren geringe Wirksamkeit.“ Er fordert zudem eine frühe Koordination von Maßnahmen etwa zwischen Schule, Jugendhilfe und Jugendgerichten. Staatssekretär Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt: „Die Studie von Prof. Dr. Ohder macht sehr deutlich, dass wir uns noch viel mehr als bisher darum bemühen müssen, die Risikofaktoren und die Fehlentwicklungen, die zu einer kriminellen Karriere junger Menschen führen können, nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern vor allem auf diese angemessen und verantwortlich schon im Rahmen der vorschulischen Erziehung und in der Grundschule zu reagieren.“ BS □

# „Bleibende Verpflichtung“

Gedenken an Nazi-Opfer im Bayrischen Viertel

Trotz zeitweise strömenden Regens waren mehr als 40 Menschen zum Synagogendenkmal in der Münchener Straße 34-38 gekommen, um an den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee zu erinnern, der sich am 27. Januar zum 63. Mal jährte.

Am ehemaligen Standort der Synagoge, dem religiösen Zentrum des jüdischen Lebens in Schöneberg, erinnerte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert an die ungeheuerliche Schuld des totalitären Naziregimes. "Gerade wir Deutschen erinnern uns damit an das von deutschem Boden ausgehende beispiellose Menschheitsverbrechen, an Völkermord und systematisch betriebenen Massenmord." Alle Demokratinnen und Demokraten seien deshalb verpflichtet, dem Antisemitismus, Rassismus, Extremismus und der Intoleranz unermüdet den Kampf anzusagen.

In einer gemeinsamen Schweigeminute gehörten alle Gedanken den unschuldigen Opfern. Auf dem Hof der Löcknitz-Grundschule verneigten sich die Menschen vor den Namen ehemaliger jüdischer Nachbarn, deren Namen die Schülerinnen und Schüler der Löcknitz-Grundschule auf Gedenksteine geschrieben und zu einer Gedenkmauer aufgerichtet haben.

Der weitere Rundgang durch das Bayrische Viertel führte zu verschiedenen Stolpersteinen. Um zu erkennen, was auf ihnen steht, muss man sich ihnen entgegen beugen. Sie sind vor der Haustür der jüdischen Opfer in das Straßenpflaster eingelassen und bezeichnen die Stelle, an der die jüdischen Menschen ihren Todesweg betraten. Vielen Gästen der Veranstaltung war es ein Bedürfnis, an diesen Stellen Rosen niederzulegen.

In Tempelhof-Schöneberg gibt es eine



Mechthild Rawert bei der Kranzniederlegung im Bayrischen Viertel. Foto: Büro Rawert

aktive Erinnerungskultur. Diese, so Mechthild Rawert, gelte es fortzusetzen im Gedenken an die Opfer und als Mahnung zu Demokratie und Toleranz. „Die kontinuierliche Erinnerungsarbeit in Tempelhof-Schöneberg für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist heute an vielen Stellen gerade im Bayrischen Viertel deutlich im öffentlichen Stadtbild sichtbar.“ **BS □**

## Solidarisch mit Berlin

SPD-Linke zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes

**Die Berliner SPD-Linke hat sich für eine „maßvolle Beteiligung der Beschäftigten an den Berliner Konsolidierungserfolgen“ ausgesprochen.**

Auf ihrer Klausurtagung am 19. Januar setzten sich die Teilnehmer für ein längerfristig angelegtes Konzept zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes ein, das in direkten Gesprächen mit den Gewerkschaften und den Beschäftigten erarbeitet werden sollte. Darin sollte „eine seriöse Aufgabenkritik vorgenommen“ werden, ein landesweites

Sarrazin: „Berlin berücksichtigen“

**Wenn eine Hilfe für hoch verschuldete Länder diskutiert wird, kann Berlin nicht unberücksichtigt bleiben.“ Mit diesen Worten kommentierte Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin die Überlegungen von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger, lediglich den Ländern Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine Altschuldenhilfe im Rahmen der Föderalismuskommission zu gewähren.**

Sarrazin: „Den Ländern Bremen und Saarland hat der Bund bis vor drei Jahren mit gigantischen Beträgen geholfen: Bremen hat rund 8,5 Mrd. € Sanierungshilfen erhalten, das Saarland rund 6,6 Mrd. €. Rechnet man diese Leistungen auf die Bevölkerungszahlen Berlins hoch, wären das rund 30,4 Mrd. €. Das Saarland und Bremen haben die ihnen gewährten umfangreichen Hilfen durch eine ungezügelter Ausgabenwirtschaft verpulvert. Schleswig-Holstein kam erst in den letzten Jahren in eine schwierige Lage, weil es seine Ausgaben ebenfalls nicht im Griff hat. Berlin hat im Gegensatz dazu seine Hausaufgaben gemacht.“ **PM □**

Konzept der Personalentwicklung erarbeitet und eine verbindliche Nachwuchsförderung festgeschrieben werden. Die SPD-Linke bekannte sich in einem Beschluss ausdrücklich zum erfolgreichen Konsolidierungskurs der Landesregierung. Sie eröffne dem Land wieder Handlungs- und Gestaltungsspielräume im Interesse der Berlinerinnen und Berliner. Dies sei auch ein Verdienst der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Mit ihnen sollten nun ernsthafte Verhandlungen geführt werden. **BS □**

## „Bürgerentscheid ist Denkwort für Bezirksamt“

Quorum verfehlt - aber überwältigende Mehrheit für Umweltschutz

**Die Spandauer SPD fordert die Mehrheit im Spandauer Rathaus auf, sich der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger anzuschließen und die Bebauung der Halbinsel im Groß-Glienicker-See zu stoppen. Das teilte der Kreisvorsitzende Swen Schulz mit.**

„Der Bürgerentscheid ist zwar formal knapp an der zu geringen Beteiligung gescheitert“, so Swen Schulz. „Doch die von der SPD unterstützte Variante A gegen die Bebauung der Halbinsel hat eine riesige Mehrheit der abgegebenen Stimmen bekommen. Die Variante von CDU, FDP und

Grauen ist dagegen regelrecht untergegangen. Das Ergebnis ist überwältigend und eindeutig, ein Denkwort für die Mehrheit im Rathaus. Sie sollte in sich gehen und dieses klare Votum zum Anlass nehmen, dem Naturschutz den Vorrang geben!“

Das vorläufige amtliche Endergebnis weist aus, dass sich 23.081 Abstimmungs-berechtigte an der Abstimmung beteiligt haben, das sind 13,6%. Das Quorum einer Abstimmungsbeteiligung von 15% der Abstimmungsberechtigten (25.533 Bürgerinnen und Bürger) ist somit nicht erreicht worden. Damit wurde keine der beiden

Vorlagen angenommen. Für die Variante der Bürgerinitiative gab es 19.470 Ja-Stimmen (86,8%) und 2.968 Nein-Stimmen (13,2%). Der BVV-Vorschlag wurde mit 6.629 Ja-Stimmen (31,8%) zu 14.213 Nein-Stimmen (68,2%) abgelehnt. Bei der Frage, welcher Variante die Bürgerinnen und Bürger gegebenenfalls den Vorzug geben würden, wurde die Mehrheit im direkten Vergleich sehr klar: 18.722 (83,4%) stimmten für die Variante der Bürgerinitiative, nur 3.725 (16,6%) für das Konzept von CDU, FDP und Grauen, das nun möglicherweise realisiert wird. **PM □**

Tempelhof:

# Kampf gegen Vorurteile

## Neue Chancen in Tempelhof nutzen: Breites Bündnis gegen weiteren Flugverkehr

**Gegen das von der CDU propagierte Volksbegehren zum Flughafen Tempelhof wächst der Widerstand. Sollten bis Mitte Februar die für einen Volksentscheid notwendigen Unterschriften zusammenkommen, wollen SPD, Linkspartei und Grüne, aber auch verschiedene Bürgerinitiativen und Verbände eine Aufklärungskampagne starten.**

Ob und wann es zu einem Volksentscheid kommt, wird Mitte Februar feststehen. Allerdings seien auch 170.000 Unterschriften „noch lange kein Volkswille“, wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Gaebler betont. Die SPD fordert die Öffnung Tempelhofs für die Berliner Bevölkerung statt eine Nutzung für wenige Privatflieger. Neue Naher-



*Keine Gefahr für die Luftbrücke: Die denkmalgeschützten Flughafengebäude und das Denkmal bleiben auch bei einer Schließung Tempelhofs für den Luftverkehr erhalten.*

holungsangebote in der Innenstadt, neue Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten sollen entstehen.

Für eine neue Nutzung des Geländes wirbt seit Jahren die Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof (BIFT). Auch Linkspartei und Grüne haben sich bereits deutlich gegen die Forderungen von ICAT und CDU gewandt, Tempelhof als Verkehrsflughafen offen zu halten. Die Fraktion der Grünen bezeichnete das Volksbegehren als „Volksbetrug“. Und auch Martin Schlegel, Sprecher des BUND Berlin, hält die Schließung für absolut notwendig: „Die Lärmbelastung für die Anwohner des innerstädtischen Flughafens und der Einflugschneise ist enorm und beeinträchtigt ihre Gesundheit erheblich.“

BS □

## Fakten zur Debatte um Tempelhof

- Das aktuelle Fluggeschehen in Tempelhof wird vor allem von Kleinstfliegern mit einem geringen Passagierbeförderungsanteil repräsentiert. Sollte sich eine Verschiebung zu Gunsten von Privatfliegern entwickeln, käme es zu einer deutlich höheren Gefährdung der Anwohner und einer stärkeren Umweltbelastung.

- Die Zahl der Passagiere pro Flugbewe-

gung sank in Tempelhof auf gewerblichen Linien von 19,9 (2005) auf 12,7 Passagiere (2007 bis einschl. Oktober). Bei Nichtlinienflügen gab es eine Reduzierung von 3,39 (2005) auf 3,18 Passagiere (2007) pro Flugbewegung. In Tegel sitzen pro Linienflug im Schnitt 88,26 Passagiere in der Maschine.

- Das Defizit für den Flugbetrieb belief sich laut Angaben der Berliner Flughafen-

gesellschaft in den letzten 10 Jahren auf 115 Mio €. Ein jährlicher Verlust von 11,5 Mio € entspricht einer Subvention von 100 € für jeden Passagier (Nichtlinien und nicht gewerblicher Natur).

- 350.000 Passagiere pro Jahr in Tempelhof (Ankunft und Abflug) macht 958 Passagiere pro Tag. Ein Airbus A380 würde damit einmal halb leer hin- und herfliegen. □

## „Gegen Fluglärm stimmen“

### Offener Brief der Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof

**Die 1986 gegründete Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof (BIFT), die sich gegen einen weiteren Flugbetrieb in Tempelhof ausspricht, hat sich in einem Offenen Brief an den grünen Berliner Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland gegen dessen Aussage gewandt, den Flughafen Tempelhof weiter offen zu halten, um das Bürgervotum zu respektieren.**

„Sie zählen zu den erfahrensten und eloquentesten Politikern der Berliner Grünen. Ihre Partei hat unser Ziel, die Beendigung des Flugbetriebs in Tempelhof von Anfang an engagiert unterstützt. Sie selbst haben im Herbst 2006 die Doppelzüngigkeit einer Angela Merkel aufgedeckt, die als CDU-Vorsitzende die Offenhaltung des Airports befürwortete, aber die Bundesregierung im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft - aus gu-

tem Grund - keinen Finger dafür krumm machte.

Und nun das: in einem BILD-Interview am Mittwoch dieser Woche haben Sie sich für die „Respektierung“ des Volksbegehrens und Offenhaltung des Flughafens jedenfalls bis zur Eröffnung des BBI 2011 ausgesprochen. Diesmal haben Sie sehr schlecht gebrüllt! Sie fallen uns damit in den Rücken.

Das Volksbegehren ist noch nicht einmal erfolgreich beendet. Bislang haben in drei Monaten 149.000 Berliner unterschrieben: das ist zwar eine erkleckliche Zahl, sie stellt aber auch nur 6,2 Prozent der Wahlberechtigten dar. Angesichts einer bereits seit Jahren andauernden einseitigen Beriesung für ein Offenhalten des Flughafens durch viele Medien - insbesondere des Springerkonzerns - sowie der Äußerungen vieler Prominenter und einer finanzkräfti-

gen Werbekampagne hätte man sogar mehr erwarten können.

Zunächst sind bis Mitte Februar 170.000 Unterschriften erforderlich. Erst dann käme es zum Volksentscheid, bei dem an einem Tag mindestens 600.000 Wahlberechtigte mit Ja stimmen müssten. Ob ICAT und CDU diese Latte reißen werden, ist wenig wahrscheinlich.

Auch ein Verweis auf demoskopische Mehrheiten ist fragwürdig: eine der seriösen Umfragen zeigte vor einem Jahr, dass nur 34 Prozent der befragten Berliner für den unbeschränkten Weiterbetrieb als Verkehrsflughafen eintraten, hingegen 40 Prozent für einen Geschäftsflughafen. Um letzteren geht es aber genau nicht bei dem jetzigen Volksbegehren.

Sorgen Sie lieber mit uns und vielen anderen dafür, dass im Falle eines Volksentscheids möglichst wenige Berliner für Fluglärm, Kerosingestank und Absturzgefahr mitten in der Stadt stimmen! Da ist Ihr Platz!“

**Manfred Herrmann, Heinrich Krüger** □

## Tempelhof-Pläne

## „BBI nicht gefährden“

CDU-Politiker setzen Flughafen-Großprojekt aufs Spiel

In der Auseinandersetzung um die künftige Nutzung des Tempelhofer Flughafens setzen CDU-Politiker das seit Jahren geplante Großflughafenprojekt BBI aufs Spiel.

Um seinen Berliner Parteifreunden Unterstützung beim laufenden Volksbegehren zu geben, hatte der brandenburgische CDU-Wirtschaftsminister Junghanns vorgeschlagen, Tempelhof weiter für den Geschäftsflugverkehr offen zu halten. Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe warnte jetzt: „Wenn wir den BBI wollen, dürfen wir solche Spielchen nicht machen: Finger weg!“ Und Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) distanzierte sich deutlich: Eine weitere Nutzung Tempelhofs als Flughafen sei „nicht die Position der Landesregierung“.

Denn wenn BBI eröffnet werden soll, müssen Tempelhof und Tegel geschlossen werden. Diese Rechtslage ist inzwischen mehrfach durch Urteile des Oberverwaltungsgerichts von Berlin und Brandenburg sowie des Bundesverwaltungsgerichts bekräftigt worden. Die Ausbaugenehmigung von Schönefeld hängt von der Einhaltung des Landesentwicklungsplans ab. In dem aber heißt es eindeutig: „Mit Inbetriebnahme der Kapazitätserweiterung am Standort Schönefeld sind die Flugplätze Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof zu schließen und einer anderen Nutzung zuzuführen.“ Damit ist nicht nur ein Linienflugverkehr ausgeschlossen - wie er von der Berliner CDU im Rahmen des ICAT-Volksbegehrens gefordert wird - sondern auch ein eingeschränkter Geschäftsflugverkehr unmöglich.

Hintergrund ist, dass der Nachteil der Be-



Kaum genutztes Gelände: der Flughafen Tempelhof dient derzeit u.a. als Parkplatz für Air-Berlin-Maschinen. Foto: Horb

lastung der Anwohner von Schönefeld an anderer Stelle durch eine Entlastung gerechtfertigt sein muss. Im Umkreis der innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel sind bislang ungleich viel mehr Anwohner von Lärm- und Umweltbelastungen durch den Luftverkehr betroffen als es in Schönefeld sein werden. Wenn die Anhänger eines Flugbetriebs in Tempelhof jetzt fordern, den Landesentwicklungsplan zu ändern, so würde das nicht nur neue Klagen gegen den Großflughafen eröffnen. Auch der Ausgang wäre völlig ungewiss.

Die Region aber braucht den künftigen Großflughafen mit seinen vielfältigen Verbindungen und Umsteigemöglichkeiten. Die Schaffung von insgesamt bis zu 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in und um Schönefeld bis 2012 ist realistisch. Das seit Dezember 2003 bestehende Jobcenter am Flughafen ist im August 2007 bereits vergrößert worden. **BS** □

## Argumente-Heft zu Tempelhof

Ein innerstädtischer Flughafen Tempelhof ist laut, gefährlich und umweltschädlich. Die Öffnung des bisher für nur wenige Flüge und Fluggäste

reservierten Geländes kann dagegen die ganze Stadt bereichern: Es wird ein neuer Stadtteil in Berlin entstehen, der Raum für Arbeiten und Wohnen im Park, für Freizeit und Erholung inmitten der Stadt schafft. In einem vierseitigen Argumente-Heft hat der SPD-Landesverband jetzt die wesentlichen Argumente zur Tempelhof-Debatte zusammengestellt.

Dazu gehört: Die Beendigung des Flugverkehrs in Tempelhof ist auch eine wesentliche Voraussetzung für das große Zukunftsprojekt der Region, den Single-Airport BBI mit all seinen Serviceangeboten und künftigen Umsteigemöglichkeiten. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Darüber wird die Vergangenheit von Tempelhof nicht vergessen: Der historische Ort mit seinen Gebäuden und dem Luftbrückendenkmal bleibt erhalten - mit neuer Nutzung. Das "Argumente-Heft" steht am Virtuellen Infostand der Berliner SPD im Internet zum Download zur Verfügung: [www.berlin.spd.de](http://www.berlin.spd.de) -> Aktuelles. Gedruckte Exemplare sind bei den Abteilungsvorsitzenden erhältlich. **BS** □



**Die Überschriften von Zeitungen fassen möglichst knapp und überschaubar eine Nachricht zusammen. So ist es jedenfalls bislang die Regel. Eine weitere Regel von Zeitungen ist, dass sie die aus ihrer Sicht bedeutungsvollsten Nachrichten auf der Seite 1 platzieren.**

Am 26. Januar 2008 war die erste Seite der „BZ“ mit einer großbuchstabigen Überschrift ausgefüllt, die lautete: „Bis gestern haben schon 160.509 Berliner für das Volksbegehren für den Flughafen Tempelhof unterzeichnet. Und wann unterschreiben... Sie?“

Gut, warum soll nicht auch das Titelblatt einer Zeitung einmal so aussehen wie ein schlechtgestaltetes Flugblatt ei-

## Kampagnenjournalismus

ner konservativen Partei. Aber was ist eigentlich die Nachricht? Steckt sie in der Frage „Wann unterschreiben Sie?“ oder in der Zahl 160.509?

Tatsächlich ist die Nachricht die Zeitungsseite selbst. Wer es nötig hat, eine ganze Titelseite mit einem Werbeauftrag zu füllen, zeigt, wie schwerfällig die Unterschriftensammlung in der Schlussphase läuft - trotz eines massiven finanziellen Engagements der CDU und einiger Unternehmer, die sich offenbar das Flughafengelände möglichst dauerhaft für ihre Zwecke sichern wollen. Trotz der alltäglichen Berichterstattung in den Zeitungen des Springer-Konzerns, die als Anzeige nicht

zu bezahlen wäre. Trotz einer nicht zu überbietenden Einseitigkeit in der Argumentation der Tempelhof-Flieger.

Die Unterschriftensammlung hat sich nicht als einfacher Spaziergang erwiesen. Und selbst wenn am Ende die benötigten Unterschriften mühselig zusammenkommen sollten, dann sind es die Stimmen von sieben Prozent der Berlinerinnen und Berliner. 93 Prozent haben sich nicht für dieses Ziel vereinnahmen lassen.

Bei einem Volksentscheid immerhin hätten diese 93 Prozent auch die Chance, Nein zu sagen zur Gefährdung des Großflughafens für die Region und Nein zu einer Nutzung Tempelhofs durch einige wenige Privatflieger. **U.H.** □

Mitgliederwerbung:

# „Auf die SPD neugierig machen“

## Marc Schulte im BS-Interview: Zwischenbilanz zur Mitgliederkampagne

**BS:** Die Berliner SPD hat im vergangenen Jahr ihre Mitgliederwerbung intensiviert. Können Sie schon eine erste Zwischenbilanz ziehen?

**Marc Schulte:** Gerade in der Großstadt Berlin läuft eine Partei Gefahr, zu sehr eine Innensicht zu pflegen. Man bereitet die nächste KDV vor, überlegt, welche Änderungsanträge formuliert werden und welche Personalien anstehen. Das Projekt Mitgliederwerbung soll diese Innensicht durchkreuzen. Mitgliederwerbung hat für mich drei Aspekte. Erstens: Was macht die Attraktivität der SPD aus? Was sind die Inhalte unserer Politik, die wir vermitteln wollen? Stimmt die Politik des Senats mit unseren Programmen und den beschlossenen Anträgen überein? Zweitens: Wie können wir Personen auf die Mitarbeit in der SPD neugierig machen? Und drittens: Welche Angebote braucht die SPD, damit Neumitglieder nicht nach den ersten Sitzungserfahrungen verschreckt wegbleiben? Die Projektgruppe Mitgliederwerbung kümmert sich in erster Linie um die Punkte 2 und 3. Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Mitgliederkampagne ist die Abteilung – hier setzt unser Kleintalerfonds an – wir wollen positive Ansätze unterstützen und damit die Vielfalt der Aktivitäten aufzeigen. Arbeitsarbeit kann Spaß machen und man kann voneinander ler-



Marc Schulte ist stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Foto: SPD Berlin

nen. Bald erscheint unser Neumitgliederscheckheft, das aufzeigt, was man in der SPD außer dem Besuch von Abteilungssitzungen machen kann und das einen niedrigschwelligen Zugang sicherstellt. Im Kurt-Schumacher-Haus werden die Anfragen zusammenlaufen und schnell und direkt bearbeitet.

**BS:** Welche Erfahrungen haben Sie bei den Aktionen gemacht: Was bewegt Berlinerinnen und Berliner derzeit, in die SPD einzutreten? Und was hält sie ab?

**Marc Schulte:** Gute Politik ist immer die

beste Werbung für die SPD, insofern sind alle Mandatsträgerinnen und -träger die wichtigsten Mitgliederwerberinnen und -werber. Klaus Wowereit ist in Berlin immer noch der erste Grund für viele einzutreten. Wer in die SPD eintritt, will in der Regel auch mitwirken, etwas bewegen und verändern. Diese Erwartungen dürfen wir nicht enttäuschen. Deswegen hat der Landesverband schon seit langer Zeit Veranstaltungen im Bundestag organisiert, wo Neumitglieder Bundestagsabgeordnete kennen lernen können, aber auch Anregungen für die Arbeit vor Ort bekommen.

**BS:** Es gibt erfreulich viele Eintritte auch über das Internet. Werden persönliche Kontakte unwichtiger?

**Marc Schulte:** Nein, natürlich nicht. Wer sich im Internet anmeldet, will in der Regel Politik auch live erleben. Die Internet-Anmeldung ist schlicht und einfach schneller und leichter als schriftlich oder telefonisch ein Anmeldeformular anzufordern.

**BS:** Im vergangenen Jahr wurde von der Berliner SPD ein „Kleintalerfonds“ eingerichtet, mit dem beispielhafte Abteilungsaktivitäten unterstützt werden sollten. Welche Aktionen stachen da heraus?

**Marc Schulte:** Leider scheuen sich noch viele Abteilungen Anträge zu stellen. Viele denken, ihre Aktivitäten zur Mitgliederwerbung seien nichts besonderes. Das stimmt nicht. Wenn durch neue Veranstaltungsformen neue Zielgruppen angesprochen werden, wenn durch Straßenaktionen Aufmerksamkeit erweckt wird, dann sind das die Aktivitäten, die wir unterstützen wollen. In Treptow-Köpenik gibt es die sehr gute Aktion 10 unter 25. Zehn Jugendliche machen ein Politikpraktikum. Dabei lernen sie alle Politikbereiche von Bezirks- und Landespolitik kennen. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger geben Hilfestellungen und zeigen, was man mit Politik bewegen kann. Wir würden uns freuen, wenn mehr Anträge kommen.

**BS:** Wie wird die Mitgliederwerbung in diesem Jahr fortgesetzt?

**Marc Schulte:** Auf jeden Fall fröhlich. Denn eins kann gesagt werden. Gerade die Zusammenarbeit mit Ulrike Sommer und Sven Kohlmeier in der Projektgruppe macht Spaß – etwas was in der Politik auch unheimlich wichtig ist. Wir werden uns 2008 vor allem darum kümmern, wie eine Werbekampagne mit Postkarten und ähnlichen Verteilartikeln aufgezogen werden kann und über die Mittelvergabe aus dem Kleintalerfonds entscheiden.

**Fragen: U. Horb** □

## Auch 2008 neue „Kleintaler“

### Aktionen von Abteilungen werden belohnt

**Die Projektgruppe Mitgliederwerbung hat im vergangenen Jahr mit ihrem Wettbewerb "Kleintalerfonds" alle Abteilungen der Berliner SPD aufgerufen, mit originellen Werbeideen oder interessanten Aktionen neue Mitglieder zu werben. Mit jeweils bis zu 300 Euro will der Landesverband besonders gelungene Aktionen unterstützen. Der Wettbewerb wird bis 31.12.2008 verlängert.**

Im vergangenen Jahr konnten sich die Abteilung Neu-Westend aus Charlottenburg-Wilmersdorf und die Abteilung Schöneberg über einen Zuschuss für ihre Abteilungskasse freuen.

In Westend wurde das bereits zum zweiten Mal durchgeführte Terrassenfest prämiert, welches eine gute Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger ist, mit verantwortlichen Sozialdemokraten in Kontakt zu treten. Die Schöneberger Genossen hatten sich eine besondere Aktion im Zusam-

menhang mit der Verteilung der Berlin-Schecks einfallen lassen.

Die Projektgruppe möchte die Abteilungen bei ihren Mitgliederwerbeaktionen unterstützen, sucht aber auch gute Aktionen die andere nachmachen können. Das Geld soll helfen, die erfolgreiche Aktion ein zweites Mal zu starten - oder zum Beispiel ein Fest zu feiern, natürlich mit den Neumitgliedern.

Teilnehmen können alle Abteilungen in Berlin. Über die Prämierung entscheidet die Projektgruppe. Je vollständiger und nachvollziehbarer das Projekt eingereicht wird, desto mehr freuen sich die Mitglieder der Projektgruppe. Das Infoblatt zum Kleintalerfonds kann auch im Internet abgerufen werden unter: [www.spd-berlin.de/kleintalerfonds.pdf](http://www.spd-berlin.de/kleintalerfonds.pdf). **A. O-S.** □

➔ Unterlagen, Fotos, Berichte einfach schriftlich an folgende Adresse schicken Kurt-Schumacher-Haus, PG Mitgliederwerbung, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

## FRAKTION INTERN

**Fraktion besuchte HafenCity Hamburg.** "Hier wächst ein Stück Stadt", so heißt es in der Image-Broschüre der HafenCity Hamburg. Auf einer Fläche von 155 Hektar soll mitten in der Hansestadt ein neuer, innerstädtischer Raum mit einer Nutzungsmischung aus Wohnen, Büro, Freizeit und Wirtschaft entstehen. Die Parallele zur Nutzung des Flughafen Tempelhofs nach Ende des Flugbetriebs ist - trotz einiger Unterschiede - offensichtlich. Daher hat die SPD-Fraktion im Rahmen ihrer Klausurtagung die HafenCity besichtigt. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der HafenCity, Jürgen Bruns-Berentelg, erläuterte, welche großen gestalterischen Chancen in solchen Projekten stecken, wie neues urbanes Leben entsteht. Es wurde aber auch deutlich, dass sich solch ambitionierte Projekte nicht von heute auf morgen fertig stellen lassen. So wurde die Idee zur Entwicklung der HafenCity am Nordrand des Hamburger Hafens bereits vom ehemaligen ersten Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) 1997 vorgestellt, bis zur kompletten Fertigstellung wird es aber noch fast 20 Jahre dauern. Mehr Infos unter [www.hafencity.com](http://www.hafencity.com).

**Fakten statt Kampagne: Fraktions-Hotline zum "Flughafen Tempelhof".** Die SPD-Fraktion hat im Januar eine Hotline zum Thema "Flughafen Tempelhof" geschaltet. Am Telefon gaben der Fraktionsvorsitzende Michael Müller, die stellvertretenden Vorsitzenden Dilek Kolat und Fritz Felgentreu, der Parlamentarische Geschäftsführer Christian Gaebler sowie die Abgeordneten Kirsten Flesch, Ellen Haußdörfer und Daniel Buchholz Auskunft. Zwei Ergebnisse brachte die Aktion: 1. Es besteht nach wie vor noch großer Informationsbedarf. So ist vielen nicht bekannt, dass die CDU Tempelhof zum Privatflugplatz machen will, er also der Allgemeinheit nicht zugute kommt. 2. Natürlich ist eine Hotline nicht repräsentativ. Aber es wurde offensichtlich, dass das von einzelnen Medien und der CDU gezeichnete Bild, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung für den Weiterbetrieb des Flughafen ist, nicht der Realität entspricht. Im Gegenteil: Die Mehrzahl der Anruferinnen und Anrufer sprach sich für ein flugfreies Tempelhof aus.

**Mehdorn auf CDU-Kurs.** Auf scharfe Kritik ist die Teilnahme von Bahnchef Mehdorn an einem Spendendinner der CDU gestoßen. Dabei müssen die Teilnehmer 250 bis 1000 Euro für die Tempelhof-Kampagne der CDU spenden. Von der SPD, den Grünen und der Linkspartei von Landes- und Bundesebene wurde kritisiert, dass sich ein Chef eines bundeseigenen Unternehmens vor den Karren einer parteipolitischen Kampagne sparran lasse. **TM** □

# Gedenken in Prag und Warschau

## Zwei Gedenkstättenfahrten der Berliner SPD

**Der Landesverband der SPD-Berlin lädt auch in diesem Jahr wieder in Kooperation mit Paper Press Studienreisen® zu zwei Gedenkstättenfahrten ein.**

Von Sonntag, dem 18. Mai, bis Freitag, dem 23. Mai 2008, werden die polnische Hauptstadt und Berliner Partnerstadt Warschau sowie die Gedenkstätte in Lublin-Majdanek besucht. Von Montag, dem 15. September, bis Freitag, dem 19. September 2008, stehen Prag, Lidice und Theresienstadt auf dem Programm.

Beide Gedenkstättenfahrten bieten ein

umfangreiches Informations- und Besichtigungsprogramm. Teilnehmen können alle Interessentinnen und Interessenten, unabhängig von der Mitgliedschaft in der SPD.

Das Programm und die Anmeldeunterlagen können entweder auf der Internetseite [www.gedenkstaettenfahrten.de](http://www.gedenkstaettenfahrten.de) heruntergeladen oder telefonisch unter 701 786 40, per Fax: 701 786 41, per Post: Paper Press Studienreisen, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin, oder per E-Mail: [post@paper-press.de](mailto:post@paper-press.de) angefordert werden.

**W. Ed Koch** □

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD



*Sie wollen die Arbeit der Schwusos stärken: Die Mitglieder der AG für Lesben und Schwule in der SPD Schöneberg-Tempelhof*

**Schwusos Schöneberg-Tempelhof gegründet.** Am 17. Januar um 19.47 Uhr war es soweit: Einstimmig fassten die versammelten wahlberechtigten Genossen im Schöneberger Rathaus den Beschluss, die AG für Lesben und Schwulen in der SPD Schöneberg-Tempelhof zu gründen. Anett Baron, Vorsitzende der Abteilung 7, übernahm die Tagungsleitung, Lars Oberg, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Schöneberg, die Schriftführung. Die Kreisvorsitzende Dilek Kolat nahm als Gast an der Veranstaltung teil. Der wohl prominenteste Tempelhofer, Klaus Wowereit, konnte aus Termingründen nicht an der Gründungsveranstaltung teilnehmen, er gratulierte in einem persönlichen Grußwort. Zum Vorsitzenden der Schwusos wurde einstimmig Hermann Zeller gewählt. Der 42jährige gebürtige Rheinländer lebt seit 2003 in Berlin. „Mir ist es ein Herzensanliegen, die SPD in Schöneberg-Tempelhof als Vertreterin der Interessen für Schwule und Lesben stärker präsent zu machen“, sagte er. „Wir möchten mit unserer Arbeit im Kreis auch die Schwusos in Berlin insgesamt stärken. Ein besonderes Anliegen ist mir das Thema Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund.“ Als weitere Arbeitsschwerpunkte möchten sich die Schwusos im Kreis unter

anderem mit den Themen "Homosexuelle und Alter" sowie "Homosexuelle und Gewalt" beschäftigen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Dominic Schilke und Frank Körber sowie Thomas Tresselt als Schriftführer gewählt. Beisitzer sind Georg Härpfer, Rolf Kessel, Ingo Nürnberger und Alexander Salomon. Ebenfalls Beisitzer und Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit ist Felix Rasche. „Vom Juso bis zur Generation 60plus sind alle dabei“, freut sich Hermann Zeller. Noch fehlen allerdings Frauen: „Vielleicht ist es ja der Name Schwusos, der bisher für die geringe Resonanz bei Lesben verantwortlich ist. Wir laden alle Interessierten herzlich ein, bei uns mitzuarbeiten“. Eine gute Gelegenheit, die AG näher kennenzulernen, bietet die nächste offene Vorstandssitzung am 21. Februar in Raum 2048 des Schöneberger Rathauses (Kleiner SPD-Fraktionssaal). Im Anschluss daran soll es ab 21 Uhr einen regelmäßigen Stammtisch im "Windows", Martin-Luther-Straße/Ecke Motzstraße in Schöneberg geben.

☛ Kontakt: Schwusos Tempelhof-Schöneberg, c/o SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Feurigstraße 4, 10827 Berlin. [Schwusos-tempelhof@web.de](mailto:Schwusos-tempelhof@web.de). [www.schwusos-berlin.de](http://www.schwusos-berlin.de)

**Landesvorstand beschließt Delegiertenschlüssel und Fristenplan.** Der SPD-Landesvorstand hat am Montag die Delegiertenschlüssel für den Landesparteitag sowie für die Arbeitsgemeinschaften beschlossen. Gleichzeitig wurde der Fristenplan zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl am 7. Juni 2009 sowie die Bundestagswahl im September 2009 beschlossen. Die Berliner Nominierungen zur Europawahl sollen danach am 11. Oktober 2008 stattfinden, die Berliner Landesliste zur Bundestagswahl wird Ende April 2009 aufgestellt. **BS** □



Wirtschaft:

# Keine zusätzlichen Investitionen

WSI-Forscher: Reformen der Unternehmensfinanzierung verfehlen ihr Ziel

**Zahlreiche Reformen im deutschen Finanzsektor sollten Unternehmen die Finanzierung von Investitionen erleichtern und damit mehr Wachstum bringen. Bisher weitgehend ohne Erfolg - das zeigt eine neue Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die verstärkte Kapitalmarktorientierung könne sich sogar negativ auf das Investitionsverhalten von Unternehmen auswirken und berge erhebliche gesamtwirtschaftliche Risiken, wie die aktuelle Finanzmarktkrise zeigt, stellen die IMK-Forscher PD Dr. Eckhard Hein und Till van Treeck fest.**

Seit Beginn der 90er Jahre bewirken immer neue Gesetze und Gesetzesänderungen die Auflösung der „Deutschland AG“, also der engen Verflechtung von einheimischen Banken, Versicherungen und Industriekonzernen. Ziel war und ist, die Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen zu verbessern. „Gesamtwirtschaftlich hätten diese Veränderungen zu einer Stärkung der realen Investitionstätigkeit und zu einer Verbesserung des mittelfristigen Wachstumstrends beitragen müssen.“ Dies sei jedoch nicht erkennbar, so die Wissenschaftler im neuen IMK Report.

Um herauszufinden, warum die Reformen am Kapitalmarkt nicht mehr Wachstum gebracht haben, verglichen die Ökonomen die deutsche Investitionsentwicklung mit der in den USA. Dort dominiert schon seit Beginn der 80er eine verstärkte Finanzmarktorientierung. Sowohl für die USA als auch für Deutschland unterscheiden die Autoren zwei Perioden.

In den frühen 60er- bis frühen 80er Jahren entwickelten sich Gewinne und Investitionen in beiden Ländern in etwa im Gleichschritt. Die Aktienkurse stiegen jedoch nur schwach. Seit den frühen 80ern haben sich die Aktienkurse der wichtigsten Unternehmen zu beiden Seiten des Atlantiks mehr als verzehnfacht. Zugleich entwickelten sich die Investitionen in beiden Ländern weitaus weniger dynamisch als die Gewinne. Es scheint somit wenig dafür zu sprechen, dass die Finanzmarktliberalisierung in den USA dort zu einer besseren Investitionsentwicklung geführt hat, schreiben die Autoren. Auch in Deutschland habe sich die Schere zwischen Investitionen und Gewinnen nach Einsetzen der Reformen in den 90ern eher noch weiter auseinander entwickelt.

Die Erklärung: Lange Zeit gingen viele

Wissenschaftler davon aus, dass eine stärkere Beachtung des Aktienkurses eines Unternehmens - die so genannte Shareholder-Value-Orientierung - Manager dazu bringe, das ihnen anvertraute Kapital möglichst effizient einzusetzen. Eine Finanzmarktorientierung birgt jedoch auch Risiken. Denn wenn die Einkünfte von Unternehmenskernern an den Aktienkurs gekoppelt sind, haben Manager ein Interesse daran, diesen kurzfristig in die Höhe zu treiben - zum Beispiel, indem sie Aktien zurückkaufen und damit das Angebot verknappen. Nun fehlt ihnen jedoch das Geld, um neue Maschinen und Anlagen zu kaufen. Da Aktionäre sich bei ihren Anlageentscheidungen in der Regel an kurzfristigen Kennzahlen orientieren, tragen auch sie dazu bei, dass Manager langfristig wertsteigernde Investitionen unterlassen, wenn diese zunächst die Bilanzen belasten. Eine verstärkte Gewinnausschüttung, etwa über Dividendenzahlung, freut ebenfalls die Aktionäre, schmälert aber die Finanzierungsmöglichkeiten des Unternehmens.

Auch frühere Befürworter des Shareholder-Value-Prinzips wie der US-Ökonom Alfred Rappaport sehen heute die Gefahren einer "obsessiven Kurzfristorientierung", so die IMK-Forscher. Anders als in den USA lässt sich in Deutschland zwar kein Anstieg der Gewinnausschüttungen feststellen. Allerdings kaufen auch deutsche Unternehmen seit Ende der 90er Jahre zunehmend eigene Aktien zurück. Gleichzeitig treten in beiden Staaten Industrieunternehmen vermehrt als Kreditgeber auf.

In den USA haben steigende Aktienkurse und später steigende Immobilienpreise dazu beigetragen, dass sich der Privatkonsum zu einer Stütze der Wirtschaft entwickelt hat. Die Haushalte fühlen sich reicher und sind daher bereit, mehr zu konsumieren und sich hierfür zu verschulden. Die Risiken dieser Entwicklung veranschaulicht die Krise auf dem Markt für zweitklassige Immobilienkredite: Nachdem sich zunehmend auch ärmere Haushalte immer weiter verschulden konnten, führen sinkende Vermögenswerte zu gravierenden finanziellen Problemen.

Die Deutschen haben hingegen ihre steigenden Kapitaleinkünfte weiter gespart. "Insbesondere die Sparquote der einkommensstärksten und vermögenden Haushalte weist ein deutlich höheres Niveau auf als in den USA", so die IMK-Forscher. Hierzulande verunsichern die Arbeitsmarkt- und Rentenreformen die privaten Haushalte. Die Umverteilung von den Arbeits-

den Kapitaleinkommen schmälert zudem die Konsumneigung.

Die schwache Binnennachfrage ging in Deutschland mit hohen Exportüberschüssen und so mit Kapitalexporten an das Ausland einher: "Während in Deutschland die Anlagemöglichkeiten angesichts der binnenwirtschaftlichen Wachstumsschwäche begrenzt waren, boten sich in Ländern mit kräftigerer Binnennachfrage und noch stärker differenzierten Finanzmärkten wie den USA eine Vielzahl scheinbar lukrativer Anlageoptionen", so die Autoren. Das erkläre auch die massive Beteiligung deutscher Banken an der Finanzierung von US-Hypothekenkrediten. Die Forscher fürchten eine verstärkte Gefährdung der Finanzmarktentwicklung Deutschlands durch Finanzkrisen im Ausland. Um die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen zu fördern, machen sie fünf Vorschläge:

- Stärkere Beschränkung von Aktienrückkäufen. Diese seien besonders dann problematisch, wenn Manager über solche Rückkäufe den Wert ihrer Aktienoptionen nach oben treiben könnten.

- Koppelung der Aktionärsrechte an die Haltedauer ihrer Aktien. Denn wenn Aktionäre erst ab einer bestimmten Haltedauer Mitspracherechte erhielten, hätten sie ein stärkeres Interesse an der langfristigen Unternehmensentwicklung.

- Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer und einer angemessenen Steuer auf Veräußerungsgewinne bei Kapitalgesellschaften. Auch diese könnten die Kurzfristorientierung von Management und Kapitalgebern dämpfen.

- Schärfere Vorschriften für die Eigenkapitalunterlegung von Banken, Hinterlegung von Mindestreserven auf Finanzaktiva bei der Zentralbank für alle Unternehmen der Finanzbranche. Letztere könnten so gestaltet werden, dass sie spekulative Übertreibungen verhindern helfen; zum Beispiel über hohe Reservesätze auf Immobilienkredite dann, wenn eine Immobilienpreisblase droht.

- Stärkere Regulierung von Private-Equity- und Hedge-Fonds. Auch nicht börsennotierte Unternehmen laufen Gefahr, von diesen Fonds übernommen zu werden. Das verstärkt bei den potenziellen Übernahmekandidaten den Anreiz, kurzfristige Renditeziele über langfristige Investitionsnotwendigkeiten zu stellen. **PM** □

➡ Eckhard Hein, Till van Treeck: Finanzmarktorientierung - ein Investitions- und Wachstumshemmnis?, in: IMK Report Nr. 26 Januar 2008.

Heimat und Vertreibung:

# „Man muss verstehen, um zu verzeihen“

Elfriede Wojaczek-Steffke las im Kurt-Schumacher-Haus

Es ist ein Thema, das wehmütig macht. Der Begriff „Heimat“ ist verbunden mit Gefühlen und Erinnerungen. Das Elternhaus, die ersten Freundschaften, die Hoffnungen und Erwartungen in der Jugendzeit spielen eine Rolle. Manchmal erhält der Begriff „Heimat“ auch erst mit dem Verlust eine Bedeutung, wie Elfriede Wojaczek Steffke bei ihrer Lesung im Kurt-Schumacher-Haus deutlich machte.

Die „Suche nach Heimat“ ist das Leitmotiv einer Reihe von Lesungen, zu denen die BERLINER STIMME, der vorwärts:Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie einladen und deren Auftakt die Lesung mit Dr. Elfriede Wojaczek-Steffke war. Die 76jährige Autorin hat Kriegsende und Vertreibung ihrer Familie in Mähren erlebt. Der Neuanfang für sie begann Ende der vierziger Jahre in der sowjetischen Besatzungszone nahe Berlin. Notizen und Erinnerungsbruchstücke hatte sie bereits frühzeitig notiert, als sie in den achtziger Jahren in der DDR eine Veröffentlichungsmöglichkeit suchte, hielten sich die Verlage bedeckt. Am Thema Vertreibung sollte nicht mehr gerührt werden. Erst in den neunziger Jahren erschien ihr Buch - zuerst in tschechischer Übersetzung. Das freute sie besonders, denn ihr geht es um gegenseitiges Verständnis: „Man muss verstehen, um zu verzeihen.“

Aufgewachsen ist sie im mährischen Ort Stachenwald, den sie nach Kriegsende verlassen musste. Wenn man die Heimat ver-



Elfriede Wojaczek-Steffke bei ihrer Lesung am 20. Januar im Kurt-Schumacher-Haus.



loren habe, so Elfriede Wojaczek-Steffke, könne man auf verschiedene Weise damit umgehen. „Man kann in der Trauer des Verlustes verharren, man kann sich aber auch öffnen für eine neue Heimat.“

Sie sieht bei den Arbeitsimmigranten unserer Tage immer wieder Parallelen zu ihren eigenen Erfahrungen: „Man ist unheimlich bestrebt, seine eigene Identität im fremden Land weiter zu behalten und

zu pflegen. Das war ein ziemlich langer Prozess, den wir durchgemacht haben, bis man sich wirklich öffnen konnte für das, was da ist.“ Das gilt auch für die Sprache: In den fünf Jahren, die sie gemeinsam mit anderen im Umsiedlerlager verbracht hat, haben sie in ihrem mährischen Dialekt miteinander gesprochen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es häufig erst die Enkelgeneration ist, die sich wieder mit der Frage der Herkunft und mit den Wurzeln der Familie befasst. Sie ist in einer neuen Heimat groß geworden und will die eigene Geschichte verstehen - ohne Ansprüche, ohne Forderungen. Denn die Kette von Krieg und Vertreibungen darf sich nicht weiter fortsetzen. Deshalb, so die SPD-Abgeordnete Brigitte Lange, müsse ein wie auch immer geartetes Zentrum gegen Vertreibung auch den Blick auf die gesamte europäische Geschichte lenken und ein gemeinsames Projekt werden

Ulrich Horb □

## SUCHE NACH HEIMAT

Das Thema „Suche nach Heimat“ steht im Mittelpunkt einer Reihe von Lesungen, zu denen die Berliner Stimme, der vorwärts:Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie einladen. Zur nächsten Lesung am Sonntag, d. 17. Februar um 11 Uhr erwarten wir Nicol Ljubic (siehe Artikel unten).

Lesungen im KSH:

## Suche nach der Wurzel

Nicol Ljubic liest aus seinem „Heimatroman“

**Ende der fünfziger Jahre kommt Dragutin Ljubic aus Zagreb nach Deutschland. Er findet Arbeit, aus dem Aut Schlosser Drago wird der Flugzeugmechaniker, er ist pünktlich, ordnungsliebend und fleißig. Rund 50 Jahre danach begibt sich der Sohn Nicol Ljubic mit seinem Vater auf eine gemeinsame Entdeckungsfahrt in die alte Heimat. Daraus ist ein spannendes und liebevoll geschriebenes Buch geworden. Ein „Heimatroman“, der Antwort auf die Frage gibt, „Wie mein Vater ein Deutscher wurde“.**

Die Begegnung mit der Tante in Zagreb, mit den Orten, die er aus Erzählungen seines Vaters kennt, all das verbindet sich mit

der Gegenwart. „Ich bin waschechter Deutscher, das sagt mein Vater manchmal, wenn ihn Leute gemein machen wollen mit Ausländern, die den Sozialstaat ausbeuten, Autos verschieben oder den Deutschen sonst wie auf die Nerven gehen“, heißt es im „Heimatroman“. Es geht im Buch um die Vater-Sohn-Beziehung, aber es geht auch um die Frage der Identität, die sich für den deutsch gewordenen Drago Ljubic gar nicht so sehr stellt wie für seinen Sohn, der 1971 in Zagreb geboren wurde, aber kein Kroatisch spricht.

Nicol Ljubic, Journalist und Autor, hat 2004 unter dem Titel „Genosse Nachwuchs – Wie ich die Welt verändern wollte“ ein Buch über die ersten Wochen seiner SPD-

Nicol Ljubic:  
"Heimatroman  
oder Wie mein  
Vater Deutscher  
wurde". DVA,  
München 2006,  
210 Seiten, 17,90  
Euro

Nicol Ljubić

Heimatroman  
oder Wie mein Vater ein  
Deutscher wurde



Mitgliedschaft veröffentlicht. Seitdem ist er in der SPD Pankow aktiv.

Berliner Stimme, vorwärts:Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie laden zu einer Lesung und anschließender Diskussion mit Nicol Ljubic am Sonntag, dem 17. Februar um 11 Uhr ins Kurt-Schumacher-Haus. Wir bitten um Anmeldungen per Mail unter berliner.stimme@spd.de oder unter 4692 150. uh □

Bildung:

# Erfahrung und Ermutigung

Professor Ulrich-Johannes Kledzik und die sozialdemokratische Bildungspolitik (Teil 2)

**„Das Schul- und Unterrichtswesen Groß-Berlins umfaßt in einem einheitlichen Aufbau den Schulkindergarten, die in sich gegliederte zwölfjährige Einheitsschule, die Fachschulen und die Hochschulen mit Ausnahme derjenigen, die zonalen Charakter haben.“ So heißt es im Schulgesetz für Groß-Berlin aus dem Juni 1948, das die Stadtverordnetenversammlung am 13.11.47 beschlossen hatte.**

Es ist die Zeit, in der Ulrich-Johannes Kledzik an der Pädagogischen Hochschule Berlin studiert. Der Unterricht an den Berliner Schulen findet unter erschwerten Bedingungen statt, noch immer haben viele Schulgebäude Kriegsschäden, Schulbücher fehlen, die alten Geschichts- und Erdkundebücher sind für eine demokratische Erziehung unbrauchbar. An den Schulen werden dringend die neu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer erwartet. Während 1945 ausgewiesene Gegner des Nationalsozialismus für den Schuldienst gesucht wurden, auch eilig ausgebildete „Schulhelfer“ in den Dienst kamen, kehrten in den folgenden Jahren Kriegsheimkehrer und nach 49 studierte Lehrer in die Schulen zurück.

Das Berliner Schulgesetz tritt in einer Zeit in Kraft, als die Spaltung der Stadt immer konkretere Züge annimmt. Am 24. Juni 1948, nur zwei Tage nach der Anordnung der Alliierten Kommandantura, das Schulgesetz in Kraft zu setzen, beginnt die Blockade der Zufahrtswege nach West-Berlin. Ende August 1948 wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Ostteil Berlins von Demonstranten und SED-Vertretern gestört, Anfang September suchen die Stadtverordneten - ohne die SED-Mitglieder - Schutz vor Übergriffen im Westteil der Stadt. Währungsreform und Gründung von Bundesrepublik und DDR besiegeln die Teilung Berlins.

Ulrich Kledzik, der noch einige Zeit in Pankow im sowjetischen Sektor wohnt, ehe ein Wohnungstausch nach Tempelhof möglich wird, unterrichtet ab 1949 im Wedding in einer achten Klasse. Die Arbeit macht ihm Freude: „Ich konnte gut mit Schülern umgehen.“ 1951 folgt die Zweite Staatsprüfung.

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West nimmt an Schärfe zu. Eine Berliner Besonderheit, das Einheitsschulsystem kommt dabei unter die Räder. Bei den West-Berliner Wahlen 1950 hatte die SPD zwar 61 Mandate bekommen, CDU (34 Sitze) und FDP (32 Sitze) haben aber zusammen eine Mehrheit. So wird 1951 mit der

Vorsteher S U H R : Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß ich das Ergebnis der Abstimmung zum Schulgesetz bekanntgebe. Es waren von 130 Stadtverordneten 116 anwesend und haben sich an der Abstimmung beteiligt. Von diesen 116 haben 86 mit Ja und 30 mit Nein gestimmt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube im Anschluß an diese Abstimmung noch folgendes feststellen zu dürfen. Die lange Dauer und die manchmal scharfen Kämpfe in der Rede und Aussprache beweisen die Wichtigkeit dieses Gesetzes. Ich glaube, daß keinem anderen Gesetz mit Ausnahme des Sozialisierungsgesetzes eine solche Bedeutung beizumessen ist wie diesem Schulgesetz. Um so wichtiger ist es festzustellen, daß dieses Gesetz mit einer so großen, mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß dieses Gesetz selbstverständlich der Alliierten Kommandantur zur Genehmigung vorzulegen ist, aber ich darf, da dieses Gesetz auf Wunsch der Alliierten Kommandantur vorgelegt wird und jetzt bearbeitet worden ist, der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Entscheidung der Alliierten Kommandantur so rechtzeitig erfolgen möge, daß das festgesetzte Datum für das Inkrafttreten des Gesetzes auch eingehalten werden kann.

(Beifall auf der linken Seite.)

Ausschnitt aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 1947.



Professor Ulrich-Johannes Kledzik, Jahrgang 1927, arbeitete in Berlin als Lehrer und Schulleiter, von 1963 bis 1990 war er als Oberschulrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Schulwesen u.a. für die Berliner Gesamtschulen zuständig. Lange Jahre hat er sozialdemokratische Bildungspolitik in Berlin mitgestaltet.

West-Berliner Schulgesetzesnovelle gegen die Stimmen der SPD die einheitliche Schule abgeschafft. Zwar bleibt die sechsjährige Grundschule erhalten, aber im Sekundarbereich wird die traditionelle Dreigliedrigkeit wieder hergestellt. Im Ostteil Berlins wird das Konzept der Einheitsschule beibehalten. Die allgemeinbildende Polytechnische Oberschule (POS), umfasst die Klassenstufen von der 1. bis zur 10. Klasse, die Erweiterte Oberschule (EOS) baut darauf aus.

Fritz Krüger, der Ulrich Kledzik im Wedding eingestellt hatte, schlägt ihn für das Studium in den USA vor, es gibt Förderprogramme für junge deutsche Lehrer. 1952 studiert Ulrich Kledzik an den Universitäten in Illinois und Texas, er bekommt Einblick in das amerikanische Schulsystem. „Ein großes Bildungserlebnis für mich, eine ganz neue Welt.“ In den Weihnachtsferien fährt er zusammen mit zwei Freunden auf der Route 66 in den Westen. Viele neue Eindrücke und Kontakte bleiben. Eine wichtige Erkenntnis für ihn ist: „Das Ziel der deutschen Schule ist es, Abitur zu machen. Ganz

anders in den USA. Da ist es das Ziel der Schule, aus den Jugendlichen gute Bürger zu machen. Ein ganz anderes Ziel, ein demokratisches.“ Den Highschool-Abschluss, der nicht vergleichbar mit dem Abitur ist, erwerben nahezu alle Jugendlichen, merkt Kledzik an.

1953 kehrt er nach Berlin zurück. Im Wedding ist eine neue Oberschule praktischen Zweigs zwischen Stralsunder Straße und Bernauer Straße errichtet worden, ein hell geputzter Pavillonbau, der erste Schulneubau im Wedding seit 1915, der zweite im Nachkriegs-Berlin. Ernst Reuter ist der Wahlkreisabgeordnete, nach seinem überraschenden Tod 1953 wird die Schule nach ihm benannt. Ein ausgewähltes Lehrerkollegium nimmt die Arbeit auf. Die Schüler kamen vom Wedding, von der „Plumpe“. „Damals gingen 60 Prozent der Schüler auf die Hauptschule.“ Viele sind später beruflich erfolgreich. „Einer meiner Schüler war Manfred Foede, der IG-Metall-Vorsitzender in Berlin wurde.“

Ein junger Kollege wirbt Ulrich Kledzik für die Sozialdemokratie: Lothar Löffler, der später 17 Jahre lang die SPD im Bundestag vertritt.

Der Mauerbau 1961 bedeutet für die direkt an den Sperranlagen gelegene Ernst-Reuter-Schule einen dramatischen Einschnitt. Schüler und Lehrer aus dem Ostteil bleiben von einem auf den anderen Tag fern. Für Ulrich Kledzik, inzwischen Leiter der Schule, ergeben sich aus der neuen politischen Situation neue Aufgaben. **U.H. □**

**Fortsetzung nächste Ausgabe**

ABI-Veranstaltung:

# Ristock, Vietnam und der SPD-Ausschluss

Zeitzeugen und Historiker diskutieren über den SPD-Linken und sein bewegtes Jahr 1968

**„Vietnam und Parteiausschluss“ - unter diesem Motto steht eine Veranstaltung des August-Bebel-Instituts über Harry Ristocks bewegtes Jahr 1968.**

Vorsitzender der Berliner Falken, Gallionsfigur der Linken, Bausenator, Spitzenkandidat – Harry Ristock prägte das Gesicht der Berliner SPD wie auch die Politik im Westen der geteilten Stadt über Jahrzehnte maßgeblich. Am 20. Januar 2008 wäre er 80 Jahre alt geworden.

Seinen Idealen blieb er treu: 1991, ein Jahr vor seinem Tod, schrieb er unter der Überschrift „Der Sozialismus hat Zukunft“ in einem Artikel für die Zeitschrift zitty: „Für diese Welt ist der Kapitalismus keine Hoffnung, keine Lösung. Nur eine neue demokratische Gesellschaftsordnung jenseits vom untergegangenen real existierenden Sozialismus und dem die Welt ausbeutenden, unterjochenden, raffgierigen Kapitalismus kann den Menschen Hoffnung geben.“



Harry Ristock.

Foto: Horb

Seine politische Biografie verweist im unruhigen Jahr 1968, als er Stadtrat für Volksbildung in Charlottenburg war, auf ein einschneidendes Ereignis: kurzent-

schlossen reihte Ristock sich auf der Vietnamdemonstration am 18. Februar 1968 in den Zug der entgegen der Parteilinie demonstrierenden Sozialdemokraten ein und wurde prompt aus der Partei ausgeschlossen.

Warum konnte ein moralisch legitimer Protest für einen Sozialdemokraten solche Folgen haben? Welche Grabenkämpfe wurden mit dieser Maßnahme ausgefochten? Fragen wie diese werden anschaulich mit Zeitzeugen und Experten, u.a. mit: Dietrich Stobbe, Dieter Fitterling und Uwe Soukup, diskutiert. Die Leitung der Veranstaltung hat die Historikerin Daniela Honigmann.

BS □

➔ So 17. Februar 2008, 16-18 Uhr, · Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, Berlin-Kreuzberg · Beitragsfrei · Anmeldung bis zum 12. Februar 2008 per Mail unter kontakt@august-bebel-institut.de oder FAX: 030/4692-124. Bitte nennen Sie Ihre Post und Emailadresse. Veranstaltung K 80 Info: Ingo Siebert 030/4692120

## Volksnaher Agitator mit demokratischer Gesinnung

Eine neue Biographie über Karl und Sophie Liebknecht von Annelies Laschitza

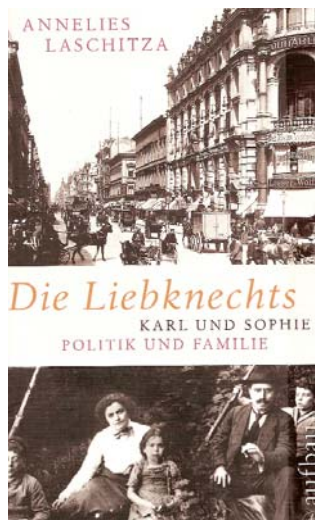
**Eine neue Biographie über Karl und Sophie Liebknecht ist jetzt erschienen. Autorin ist die Historikerin Annelies Laschitza, die sich in ihren Veröffentlichungen bereits intensiv mit der Person Rosa Luxemburg beschäftigt hat.**

Rechtsanwalt Dr. jur. Karl Liebknecht, geb. am 13. August 1871 in Leipzig als Sohn des berühmten Mitbegründers der sozialdemokratischen Partei Wilhelm Liebknecht (1826-1900), durchlief vor dem Ersten Weltkrieg eine ganz normale Karriere in der SPD: von 1902 bis 1913 Stadtverordneter in Berlin, seit 1908 Abgeordneter im preußischen Landtag, seit 1912 Mitglied des deutschen Reichstages, Aberkennung der beiden letzteren Mandate wegen seiner politisch motivierten Zuchthausstrafe im Jahre 1916, Mitbegründer der Jugendinternationale und 1907 bis 1910 deren Präsident.

Die 1907 verhängte Festungshaft wegen einer antimilitaristischen Schrift (18 Mon.) und die Aufdeckung eines Bestechungsfalles im Kriegsministerium - das Rüstungsunternehmen Krupp war beteiligt - brachte ihm eine breite Popularität und machte seinen Namen über die deutschen Grenzen hinaus als Antimilitarist bekannt.

Wie kam es dazu, dass Liebknecht nach

Annelies Laschitza:  
*Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Aufbau Verlagsgruppe Berlin 2007, 511 S.*



Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Reichstag am 2. Dezember 1914 als einziger gegen die Kriegskredite votierte, in der weiteren Kriegszeit im Reichstag zunächst noch allein und ab Dezember 1915 mit einer Minderheit von weiteren 19 sozialdemokratischen Abgeordneten alle Finanzmittel für die kaiserliche Regierung ablehnte, später zusammen mit Rosa Luxemburg und der Spartakusgruppe die seit Kriegsbeginn regierungsloyale SPD bekämpfte und schließlich nach der Novemberrevolution

1918 die Kommunistische Partei Deutschlands mitbegründete?

Die Historikerin Annelies Laschitza, als kompetente Rosa-Luxemburg-Forscherin bekannt, untersucht detailliert unter Verwendung neu erschlossener Quellen den Werdegang und die verschiedenen Facetten des volksnahen Agitators mit demokratischer linkssozialistischer Grundeinstellung, der stets versuchte, die revolutionäre Entwicklung voranzutreiben, aber in der Kriegs- und Revolutionszeit nicht selten wegen seines Temperaments die politischen Möglichkeiten überschätzte, wie Laschitza kritisch anmerkt.

Die Historikerin geht ebenfalls auf die Biographien naher Familienmitglieder Liebknechts, vor allem auf die seiner zweiten Ehefrau, der promovierten Kunsthistorikerin Sophie (Sonja), und die familiäre Einbindung ein.

Das Buch verdeutlicht, dass mit der Ermordung Liebknechts durch die reaktionären Freikorpsstruppen am 15. Januar 1919 der deutschen Arbeiterbewegung ein eigenständiger konsequenter demokratischer Sozialist verloren gegangen ist, der wie Rosa Luxemburg mit hoher Wahrscheinlichkeit strikt jede stalinistische Politik abgelehnt hätte.

OL □

Ausstellung:

## „Kampf dem Hakenkreuz“

Politische Grafik in der Friedrich-Ebert-Stiftung

**An Warnungen vor dem heraufziehenden Faschismus hat es nicht gemangelt. Mit einprägsamer Argumentation in Text und Graphik hat sich der SPD-Verlag J.H.W. Dietz Nachf. am Kampf um die Köpfe beteiligt.**

Seit Beginn der dreißiger Jahre hat er mit knappen Texten in Broschüren und satirischer Graphik der Nazi-Propaganda etwas entgegengesetzt. Vor 75 Jahren haben die Nazis die Weimarer Republik und damit die Demokratie zerstört. Machtübernahme, Reichstagsbrand, März-Wahl, Ermächtigungsgesetz sind markante Daten, an die in den nächsten Wochen erinnert wird.

Rüdiger Zimmermann, Leiter Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat aus diesem Anlass eine sehenswerte Ausstellung im Berliner Haus der Stiftung arrangiert und unter dem Titel "Kampf dem Hakenkreuz" die politische Graphik im antifaschistischen Abwehrkampf zusammengetragen.

20. Todestag:

## „Es hat sich gelohnt, politisch zu arbeiten“

Vor 20 Jahren starb Ella Kay: Sie prägte die sozialdemokratische Jugendpolitik

**Sie hatte die Nazizeit überlebt, die harten Jahre des Wiederaufbaus, aber ihre Bilanz fiel versöhnlich aus: „Wenn man zurückblickt, dann merkt man doch, wie viele Verbesserungen es in einem Menschenalter gegeben hat“, sagte Ella Kay Mitte der achtziger Jahre in einem Gespräch. Vor 20 Jahren, am 3. Februar 1988, starb die ehemalige Berliner Jugendsenatorin, die die Jugendpolitik jahrzehntelang prägte.**

1919 trat Ella Kay in die SPD und in die gerade gegründete Arbeiterwohlfahrt ein. Zu den Verbesserungen, für die sie persönlich dankbar war, gehörte die Einführung des 8-Stunden-Tags. Damit war es ihr möglich, nach der Fabrikarbeit noch zu lernen.

In den zwanziger Jahren nahm sie eine Tätigkeit im Jugendamt ihres Heimatbezirks Prenzlauer Berg an, mit einer Ausnahmegenehmigung wurde ihr die Ausbildung zur Sozialarbeiterin am Meinecke-Seminar gestattet - dort waren bis dahin nur Männer zugelassen.

Ella Kay entwickelte - nun in Leitungsfunktion - neue Konzepte zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, nicht mehr „Fürsorge“ sondern Förderung und Unterstützung standen im Mittelpunkt. Im Prenzlauer Berg entstanden die Konzepte für das „Jugendamt neuer Prägung“, die

Die meisten Exponate widmen sich einem bestimmten politischen Aspekt, etwa der Nazi-Propaganda in den Betrieben oder der Vorbereitung des Krieges. Ein Großteil der Autoren überlebte den Abwehrkampf gegen die Nazis nicht, etwa Franz Künstler, Carlo Mierendorff oder Eugen Prager.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Niels Annen machte anlässlich der Ausstellungseröffnung auf die Bedrohung der heutigen Demokratie durch Rechtsextreme aufmerksam und verwies auf Gewaltaktionen in Wahlkämpfen durch Schläger aus dem Umfeld der NPD. Insofern hat die Ausstellung im Hause der Friedrich-Ebert-Stiftung durchaus auch aktuelle Bezüge.

**Gunter Lange** □

➔ Ausstellung "Kampf dem Hakenkreuz", Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimamastraße 17, 10785 Berlin, zu sehen bis 25. März 2008; ein ansprechender Katalog stellt Autoren, Künstler und Broschüren vor.

zum Teil erst nach 1945 verwirklicht werden konnten.

Ella Kay, 1933 von den Nazis aus dem Amt entfernt und unter Polizeiaufsicht gestellt, engagierte sich im Widerstand in der Gruppe um Max Fechner. Zwölf Jahre schlug sie sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Nach dem Kriegsende meldete sie sich sofort wieder in ihrem alten Bezirksamt, um beim Wiederaufbau mitzuhelfen.

Ende 1946 wurde Ella Kay zur Bürgermeisterin ihres Heimatbezirks Prenzlauer Berg gewählt. Nur ein Jahr blieb sie es, dann wurde sie vom sowjetischen Stadtkommandanten unter einem Vorwand abgesetzt. Sie ging in den Westteil der Stadt, fand in Neukölln eine neue politische Heimat.

Ella Kay übernahm die Verwaltung des Hauptjugendamts, das dem Bürgermeister direkt unterstand. Erst unter Otto Suhr, der 1955 zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde, erhielt das Jugendamt Selbständigkeit. Ella Kay wurde die erste Senatorin.

Manches von den politischen Zielen der ersten Nachkriegsjahre verschwand - sehr zum Bedauern von Ella Kay - wieder von der Bildfläche, zum Beispiel die Einheitschule und die Einheitsversicherung. Aber der Widerstand des bürgerlichen Lagers

Vor 50 Jahren:

## Wohnungsnot und Kampfgruppen

**Am Sonnabend, d. 1. Februar 1958 berichtete die Berliner Stimme** unter der Überschrift „Die Misere der Wohnungsnot“, dass es „trotz regster Bautätigkeit“ immer noch 165.000 Wohnungssuchende in West-Berlin gibt. Unruhe schaffte das Auftreten der bewaffneten SED-Kampfgruppen beim Gedenktag für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In der Berliner Stimme heißt es: „Es besteht kein Zweifel, dass Pankow die Absicht hat, die ‚Kampfgruppen‘, die bisher als eine betriebliche Schutztruppe der SED in der Art der SA gedacht war, in eine reguläre, militärisch ausgebildete ‚Arbeitermiliz‘ umzuwandeln.“ Der Bundestagsabgeordnete Gustav Heinemann wirft der Bundesregierung in einem Artikel vor: „Entlarvt ist das zwielichtige Spiel der CDU in der Deutschlandpolitik, ihr Gerede von Wiedervereinigung bei fortgesetzter Tatenlosigkeit.“ Und er ist zuversichtlich: „Das atomare Wettrüsten wird in Deutschland nicht stattfinden.“

gegen alles, was auch Kommunisten forderten, war in der Zeit des "Kalten Krieges" immer stärker geworden, so beschrieb Ella Kay die damalige Stimmung,

1962 trat Ella Kay als Senatorin zurück, sie übernahm die politische Verantwortung für eine Fehlentscheidung eines Bezirksbediensteten, durch die ein Pflegekind zu Tode kam. Einem solch strengen Maßstab wie Ella Kay ihn damals an sich anlegte, wären in den vergangenen Monate gleich einige Dutzend verantwortliche Minister zum Opfer gefallen.

Als Abgeordnete, machte sie, 67jährig, weiter, ihre jugendpolitischen Reformen wurden von der Jugendsenatorin Ilse Reichel fortgeführt, die sich Ella Kay stets verbunden fühlte. Im Arbeitskreis Neue Erziehung wurde Ella Kay 1. Vorsitzende. 1968 zog sie sich aus dem Abgeordnetenhaus zurück, nicht aber aus der Politik: Weit über achtzigjährig reiste sie noch zu Parteitag in Berlin und im Bundesgebiet und stand ihrer Partei mit Rat und Tat zur Seite.

„Es hat sich gelohnt, politisch zu arbeiten“, sagte Ella Kay in einem Gespräch mit der BERLINER STIMME Mitte der achtziger Jahre. Und sie fügte hinzu: „Ich bin ja sowieso unverbesserlicher Optimist. Es wird uns gelingen, die Mehrheit einer besseren Zukunft entgegenzuführen.“ **U.H. □**

# Zivilcourage bewiesen

## Eröffnung der Ausstellung zu Aristides de Sousa Mendes

Eine Wanderausstellung der Treptow-Köpenicker SPD-Abteilung Alt-Treptow/Plänterwald in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick unter dem Titel „Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt: Aristides de Sousa Mendes - Ein Beispiel für Zivilcourage“ wird am Donnerstag, 21. Februar 2008, 19:30 Uhr im BVV-Saal des Rathauses Treptow, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin, eröffnet.

Aristides de Sousa Mendes, portugiesischer Konsul in Bordeaux stellte im Sommer 1940, entgegen den Anweisungen der Regierung Salazar, Visa für 30.000 vom Na-

zi-Regime verfolgte Menschen aus, damit diese über Spanien und Portugal aus Europa ausreisen konnten. Er riskierte und erfuhr nicht nur seine Suspendierung aus dem Diplomatenamt, das Streichen der Pension und den Entzug der Rechtsanwaltslizenz, sondern auch die gesellschaftliche Ächtung seiner Familie. Er starb 1954 verarmt in Lissabon. Erst 1988 wurde Sousa Mendes rehabilitiert und offiziell von der Regierung gewürdigt.



Aristides de Sousa Mendes.

Neben dem Schirmherren und SPD-Kreisvorsitzenden Klaus Ulbricht, werden Oliver Igel, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick, Ulrich Stahr, Vorsitzender der Städtepartnerschaftsvereins "Partner Treptow-Köpenick e.V", sowie der BVV-Vorsteher Siegfried Stock, die Ausstellung eröffnen.

Im Anschluss wird die Ausstellung der Bezirksbürgermeisterin Gabi Schöttler überreicht und voraussichtlich im Rathaus Köpenick zu sehen sein. **PM** □

➔ Weitere Informationen können unter [www.spd-alt-treptow-plaenterwald.de](http://www.spd-alt-treptow-plaenterwald.de) abgerufen werden.

## Tipps & Termine

■ Das DAHLEMER AUTORENFORUM, Klaus Uwe Benneter und die Buchhandlung Schleichers laden ein: **Der UN-Weltklimareport - Bericht über eine aufhalt-same Katastrophe** von und mit Michael Müller und Stefan Rahmstorf, 19. Februar 2008, 19.30 Uhr, Museen Dahlem, Lansstraße 8 (Karten bei Schleichers Buchhandlung).

■ Bis zum 15. Februar können Jugendliche im Rahmen eines Wettbewerbs Projektideen beim Deutschen Bundesjugendring einbringen und für deren Verwirklichung bis zu 5000 € Förderung erhalten. Bei „Come in Contract“ entwickeln Kinder und Jugendliche Ideen und Forderungen zu Themen, die ihnen wichtig sind. Ziel ist es, mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden direkt und gleichberechtigt zu diskutieren und sich mit ihnen auf verbindliche Ergebnisse in Form von „contracts“ zu einigen. „Ich begrüße die Neuaufgabe dieses Wettbewerbs sehr“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz. „Damit werden neue Wege zur Beteiligung Jugendlicher unterstützt – das hilft der Demokratie und der Qualität der Politik.“ Nähere Informationen gibt es auf [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de) und im Projektbüro (Deutscher Bundesjugendring, Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030-400 404-41, [hanna.piotter@dbjr.de](mailto:hanna.piotter@dbjr.de)). **PM** □

## SPD-Friedenau:

### Alles Walzer

„Alles Walzer – Genossen“ heißt es am 9. Februar ab 20 Uhr beim Ball der SPD Friedenau.

Der Ball findet im Schlesiensaal des Rathauses Friedenau am Breslauer Platz statt. Der Eintritt kostet 20 Euro. Geboten werden dafür ein leckeres Buffet, hochkarätige Tanzeinlagen, Musik zum selber tanzen, Getränke zu moderaten Preisen. **BS** □

➔ Die Karten sind erhältlich im Büro von Eddi Hellmich (Tel.: 20301782) und Andreas Nürnberger (Tel.: 20301790) in der Albestraße 11, 12159 Berlin.

## GEBURTSTAGE

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

# Blumen für die Kinder

ASF Reinickendorf erinnert an Nazi-Opfer

**Zum Gedenken an die so genannten „Reichsausschusskinder“ wird die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Reinickendorf auch in diesem Jahr im Rahmen ihrer Aktion „Gegen Unrecht und Gewalt“ ein Blumengesteck an der Gedenktafel am Eichborndamm 238 in Berlin Reinickendorf niederlegen, um still der Opfer zu gedenken.**

Von 1942 bis 1945 wurden in diesem Haus 175 Kinder von Nazi-Ärzten gequält und gefoltert. 81 dieser Kinder starben

qualvoll infolge der schweren Misshandlungen. Mittlerweile erinnern mehrere Stolpersteine an die misshandelten Kinder.

Die Nervenklinik hatte am Eichborndamm 238 eine Außenstelle eingerichtet und grausame medizinische Versuche an den Kindern durchgeführt. **PM □**

➔ Kranzniederlegung am Sonnabend, den 2. Februar 2008, 11.00 Uhr, Eichborndamm 238, 13437 Berlin-Wittenau (U-Bahnhof Rathaus Reinickendorf). Die Tafel wurde direkt an die Straßenseite des Eichborndamm versetzt.

## TERMINE

■ SPD Tempelhof-Schöneberg, **Al Gores "Unbequeme Wahrheiten" und ihre Konsequenzen**, Vorträge von: Dr. Maiken Winter, Cornell Universität, USA; Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete, Sonntag, 3. Februar, um 13.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 195

■ Buchvorstellung: **Irène Alenfeld "Warum seid Ihr nicht ausgewandert?"** Überleben in Berlin 1933 bis 1945 - Lesung und Diskussion mit der Autorin, Montag, 4. Februar, 11.00 Uhr, Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin-Mitte. Eintritt frei. Bitte Zeit für Sicherheitskontrolle einplanen.

■ Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Besuch in Deutschlands größter Synagoge in der Rykestraße**, Mittwoch, 6. Februar, 19.00 Uhr, vor der Synagoge, Prenzlauer Berg, Rykestr. 53, 10405 Berlin Mitte, U 2 Senefelder Platz; Tram M2, Knaackstr., Bitte Zeit für die Sicherheitskontrolle einplanen.

■ SPD Mitte, **Traditioneller Politischer Aschermittwoch der SPD Mitte**, Prominenter Gastredner: Dr. Ehrhart Körting, Mittwoch, 6. Februar, 19.00 Uhr, "Kutscherstub'n" des Löwenbräu am Gendarmenmarkt, Leipziger Str. 65, 10117 Berlin

■ „Selbst aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“, **Berliner Treffen u.a. mit Wahl der Sprecherinnen und Sprecher**, Montag, 18. Februar, 16.30 Uhr, AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin,

■ Fachausschuss Soziale Stadt, **Der Weg zu einem nachhaltigen Mietspiegel**, mit Rainer Wild vom Berliner Mieterverein, Mittwoch, 6. Februar 2008, um 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Lachende Erben? Die Reform der Erbschaftsteuer**, Referenten: Kurt Christoph Landsberg, Steuerberater, Klaus Höpken, Rechtsanwalt, und Jörg-Otto Spiller, MdB, Donnerstag, 7. Februar, 19.30 Uhr, Loretta am Wannsee

■ SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **Einladung zum Ball**, Samstag, 9. Februar 2008, um 20.00 Uhr (Einlass ab 19.00 Uhr), Rathaus Friedenau, Schlesiensaal, Breslauer Platz 12159 Berlin, Der Eintritt kostet 20 €. Karten sind erhältlich im Büro von Eddi Hellmich Tel. 20301782 und Andreas Nürnberger Tel. 20301790 Albestraße 11, 12159 Berlin

■ SPD Treptow-Köpenick, **Sportpolitischer Frühschoppen** mit dem Sportausschussvorsitzenden Peter Danckert, MdB, Karin Seidel-Kalmutzki, MdA, Regina Klinger, BVV und Robert Schaddach (MdA), Sonntag, 10. Februar 2008, um 10.00 Uhr, Rathaus Köpenick, Ratskeller

■ SPD Berlin, **Mitgliederforum: Globaler Klimawandel**, mit Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister, und Michael Müller, Dienstag, 12. Februar 2008, von 18.30 bis 21.30 Uhr, GASAG Hauptverwaltung, Betriebsrestaurant, Reichpietschufer 60, 10785 Berlin, Anmeldung bitte bis zum 5. Februar an: daniela.fiedler@spd.de

■ SPD Weißensee-City, **Lesung für Kinder und Erwachsene aus der Kinderbuch-Reihe "Die Giblinge"**, Roland Kaiser und Senta Berger bei Benefiz-Lesung in Weißensee, Dienstag, 12. Februar, 18.00 Uhr, Kino Toni, Max-Steinke-Str. 43 (Antonplatz), 13086 Berlin, Karten im Kino Toni, Telefon 030/92791200. Sie kosten 7 Euro für Erwachsene und 4 Euro für Kinder. Der Reinerlös kommt der Kinderhospiz-Arbeit zu Gute.

■ SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, **Herausforderung Pflege**, mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Mechthild Rawert, MdB, Mittwoch, 13. Februar, 18.30 Uhr, Kirche auf dem Tempelhofer Feld, Ev. Paulus Kirchengemeinde Tempelhof, Wolfring 72. Anmeldung bitte per Fax an 227-76250 oder per Mail an mechthild.rawert@bundestag.de oder

■ SPD Tempelhof-Schöneberg, **Friedenauer Gespräche**, Freitag, 15. Februar, 19.00 Uhr, Restaurant Atlántico, Dickhardtstr. 55, 12159 Berlin, Nähe Breslauer Platz;

## S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Termine: Freitag, 15. Februar 2008, von 15.00 bis 17.00 Uhr

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de Nächster Termin: Freitag, 8. Februar 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro**: Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 7. Februar 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag, 28. Februar 2008, von 16.30 bis 19.00 Uhr -- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015. Nächster Termin: Dienstag, 4. Dezember 2007, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## T RAUER

**Hildegard Schuck**, Abt. 9 Neukölln, geb. 13.8.1919, Mitgl. s. 1945; **Lieselotte Berger**, Abt. 12/17 Wittenau, geb. 9.3.1913, Mitgl. s. Januar 1931; **Elfriede Grzeskowiak**, Abt. 4/79 Charlottenburg-Nordost, geb. 9.2.1925, Mitgl. s. Jan. 1970; **Wolfgang Gaebler**, Abt. Nikolsburg, geb. 15.2.1925, Mitgl. s. Jan. 1964;

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Benefizveranstaltung:

# Giblinge feiern Geburtstag

Roland Kaiser und Senta Berger lesen in Weißensee

**Roland Kaiser ist mit über 90 Millionen Tonträgern einer der beliebtesten Musiker Deutschlands. Seit einem Jahr ist das SPD-Mitglied - zusammen mit Georg Babetzky - auch Autor der beliebten Kinderbuch-Reihe „Die Giblinge“. Auf Einladung der SPD Weißensee feiern die „Giblinge“ jetzt ihren ersten Geburtstag bei einer Lesung im Bezirk.**

Gemeinsam mit Roland Kaiser liest Senta Berger, eine der populärsten deutschen Schauspielerinnen. Millionen Zuschauer lieben sie in Serienrollen wie „Die schnelle Gerdi“ oder „Unter Verdacht.“ Für den guten Zweck kommen beide nach Berlin-

Weißensee. Auf Einladung der SPD Weißensee-City lesen Roland Kaiser und Senta Berger im Kino Toni zugunsten der Stiftung Kinderhospiz Mitteldeutschland aus der Kinderbuch-Reihe „Die Giblinge.“ In den Kinderhospizen werden lebensbedrohlich erkrankte Kinder aufgenommen, um ihnen die notwendige Pflege zukommen zu lassen.

Die Lesung für Kinder und Erwachsene findet statt am Dienstag, dem 12. Februar 2008 um 18 Uhr im Kino Toni, Max-Steinke-Str. 43 (Antonplatz), 13086 Berlin.

PM □

➔ Karten für diesen besonderen



Die Giblinge, erdacht und geschrieben von Georg Babetzky und Roland Kaiser, sind freundliche, humorvolle Wesen, die in Akkrollam leben.

Abend sind ab sofort im Kino Toni (Telefon 030 / 92 79 12 00) erhältlich. Sie kosten 7 Euro für Erwachsene und 4 Euro für Kinder.

Zille-Ausstellungen:

## Mehr als nur „Milljöh“

„Kinder der Straße“ - Werkschau in der Akademie der Künste

**Drei Millionen Kinder in Deutschland leben heute in Armut. Für Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste in Berlin, eine höchst aktuelle Verbindung zum künstlerischen Schaffen von Heinrich Zille.**

Unter dem Titel "Kinder der Straße" zeigt die Akademie aus Anlass des 150. Geburtstages des Künstlers eine beeindruckende Werkschau aus Zeichnungen, Grafik und Fotografie aus der Zeit der Wende zum 20. Jahrhundert. Fotos und Zeichnungen zeigen atmosphärisch verdichtet das Leben jener, die unter den sozialen Missständen am meisten zu leiden hatten: Kinder und Frauen.

Auch wenn die Menschen bei ihren seltenen Vergnügen in Lokalen oder auf dem Jahrmarkt einen fröhlichen Ausdruck zeigen: Selten hat ein Künstler als präziser Beobachter so eindrucksvoll die Realität von

Not und Armut nachgezeichnet. Somit ist Zille mehr als "Milljöh".

Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 24. März in der Akademie der Künste Berlin am Brandenburger Tor, eine ergänzende Ausstellung im Berliner Stadtmuseum Ephraim-Palais zeigt Zilles Schaffen zwischen 1919 und 1929. Die Ausstellung wird von zahlreichen Veranstaltungen begleitet. Außerdem gibt es anlässlich der Ausstellung ein klug konzipiertes und gut ausgestattetes Buch über Heinrich Zilles „Berliner Leben“.

Gunther Lange □

➔ Ausstellung "Kinder der Straße", bis 24. März in der Akademie der Künste Berlin, am Brandenburger Tor, dienstags bis sonntags, 11 - 20 Uhr

➔ Heinrich Zille. Berliner Leben. Photographien, Druckgraphik, Zeichnungen 1890 - 1914", von Matthias Flügge, Verlag Schirmer/Mosel.

## KULTURTIPPS

**Gudrun Blankenburg liest.** Auf Einladung der AWO liest die Autorin am 22. Februar aus ihrem Buch "Friedenau - Künstlerort und Wohndiyl" mit anschließender Diskussion. Musikalische Umrahmung: Bärbel Turek. Kleiner Imbiss, kostenloser Eintritt. Bücher können erworben und signiert werden. □

➔ Freitag, 22. Februar 2008, 18 Uhr, in der Freizeitanstalt Stierstr. 20 a (nahe Rathaus Friedenau, Bus M 48 und M 85)

**Wir waren Nachbarn.** 120 Biografien jüdischer Zeitzeugen, darunter elf neue, zeigt eine Ausstellung, die jetzt wieder bis zum 27. April 2008 im Foyer des Rathauses Schöneberg zu sehen ist und anhand der Familienalben an Flucht und Ermordung Tausender jüdischer Mitbürger in den Bezirken Tempelhof und Schöneberg während der Nazizeit erinnert. □

➔ Öffnungszeiten: Mo - Do 10-18, Sa + So 10-18 Uhr